

Finanzkrise: „Mister Dax“ spricht Klartext



Ein bemerkenswertes Interview gab der Börsenexperte Dirk „Mister Dax“ Müller (Foto) dem Handelsblatt, veröffentlicht am 18.10. und untergegangen angesichts der Hysterie um Rettungspakete, Ghaddafi und Kannibalen. Ergänzend zu meinem Artikel über das Geldsystem (Das kurze Gedächtnis des Herrn Lafontaine) bestätigt Dirk Müller alles, was bisher in MSM und Foren als „Verschwörungstheorie“ abgetan wurde.

(Von Aktivposten, PI-Köln)

So erklärt er gleich in der ersten Antwort:

Indem wir ganz von vorn anfangen. Unser Finanzsystem ist am Ende. (...) Das führt dazu, dass ein großer Teil dessen, was die Bürger erwirtschaften, für Zinsdienste abfließt. (...) Ich erkläre nur, wie das System funktioniert beziehungsweise dass es nicht ewig funktioniert.

und kommt in der zweiten Antwort direkt auf den Punkt:

Handelsblatt: Sie meinen, der Fehler liegt im System?

Unser Finanzsystem ist so beschaffen, dass es alle paar Jahrzehnte neu gestartet werden muss. Der grundlegende Fehler ist folgender: Alles Geld, was wir erzeugen, ist Schuldgeld.

Das heißt: Geld entsteht, indem jemand einen Kredit aufnimmt. Allem Geld, das im Umlauf ist, steht auf der anderen Seite Kredit gegenüber. Wenn die Staaten extrem hohe Schulden haben, dann muss auf der anderen Seite jemand sein, der genau diese Summe an Vermögen hat. Wenn die Bundesrepublik jährlich 40 Milliarden an Zinsen für ihre Schulden zahlt, dann muss irgendjemand 40 Milliarden an Zinsen kassieren.

Dies sollte alle Verteidiger und Erklärer des ungerechten Geldsystems zum Schweigen bringen, denn hier spricht nicht ein so diffamierter „Hobbyökonom“, sondern ein anerkannter Börsenexperte, dessen Wort in allen MSM Gewicht hat.

Weiter im Text:

Handelsblatt: Die privaten Haushalte in Deutschland sind vermögend.

Die privaten Haushalte in Deutschland haben fünf Billionen Euro an Vermögen. Aber das Geld ist sehr ungleich verteilt. Die Hälfte der Bevölkerung hat davon nur vier Prozent. Und die obersten zehn Prozent besitzen fast zwei Drittel dieses Vermögens. Das geht so lange gut, bis die Masse die Zinslast nicht mehr tragen kann, bis sie den Gürtel nicht mehr enger schnallen und der Staat keine Leistungen mehr streichen kann.

Für viele Bürger in Deutschland ist das bereits Realität, für die arbeitende Unter- und Mittelschicht ist längst das Ende der Fahnenstange erreicht, wenn zum Vollzeitjob staatliche Hilfen in Anspruch genommen werden müssen. Trotz der „boomenden Konjunktur“ und des „Jobwunders“ sind in 2011 die Ausgaben für Wohngeld, H4 und weitere Sozialleistungen auf ein Rekordhoch gestiegen. Normalerweise müssten diese Ausgaben bei den Voraussetzungen drastisch sinken, denn „Vollbeschäftigung“ sollte doch die Menschen aus der Sozialfalle entlassen können.

Er gibt auch eine Prognose ab:

Handelsblatt: Wann sind wir an dem Punkt, an dem es nicht mehr weitergeht?

Ich wage keine Prognose, wann das so weit sein wird. Aber wir sind in der Endphase. Es wird – wie alle paar Jahrzehnte – zu dem kommen, was ich als ‚Reset‘ bezeichne. Das kann innerhalb der nächsten zwei, drei Jahre geschehen. Es kann sein, dass wir noch zehn Jahre so weitermachen – was ich allerdings nicht glaube.

Es ist also clever, sich auf diesen Reset vorzubereiten. Das Horten von Papiergeld und Buchgeld dürfte dabei keine gute Idee sein. Ein befreundeter leitender Mitarbeiter einer großen Versicherung erzählte mir erst letzte Woche, dass er seine gesamten Versicherungsguthaben, Fonds, Festgeldkonten usw. aufgelöst und in Gold/Silber und Vorräte investiert hat, die auch Hygieneartikel, Wasserreinigungstabletten (er hat vier Kinder), Brennstoff usw. umfassen.

Eine Idee auch für PI könnte sein, eine große Tauschbörse mit Alternativwährung einzurichten. Die bisherigen Tauschbörsen und Alternativideen scheitern immer an der Anzahl der Mitglieder, aber wenn die Leser von PI und weiteren befreundeten Blogs mitmachen, sollte doch ein vernünftiger Start möglich sein. Konzepte gibt es, ich kann das leider nicht programmieren. Aber vielleicht könnte ein Ideenpool eingerichtet werden, der so etwas umsetzen kann, zum Nutzen der Gemeinschaft, die sich hier online gebildet hat.

Dirk Müller erklärt den Zeitrahmen:

Handelsblatt: Was müssen wir uns unter einem Neustart des Systems vorstellen?

Es wird zu einer Umverteilung von oben nach unten kommen, die kann innerhalb weniger Monate oder über ein, zwei Jahre ablaufen. Denjenigen, die Ansprüche an den Staat haben, wird etwas weggenommen, die Masse wird entlastet. Im ersten Moment

wird das einen riesigen Aufschrei geben. (...)

Handelsblatt: Den einen etwas wegnehmen, den anderen etwas geben – das funktioniert bei Robin Hood. Aber wie soll das im echten Leben vonstatten gehen?

So etwas geht mal mehr, mal weniger friedlich vonstatten. Es kann zum Beispiel über eine große Inflation passieren. Es kann eine Währungsreform sein. (...) Oder es kommt zu einem Schuldenschnitt. Was im Moment im Fall von Griechenland diskutiert wird, ist nichts anderes, als eine Umverteilung von oben nach unten. Den Besitzern von griechischen Staatsanleihen – also den Banken, den Versicherungen und der EZB – wird etwas weggenommen, die Masse der Griechen wird entlastet.

Nachdem er das Ende des Geldsystems an sich erläutert hat, kommt er zum Euro selbst:

Handelsblatt: Wird der Euro überleben?

Wir haben einen kardinalen Fehler gemacht. Wir haben die Währungsunion angefangen mit Staaten, die völlig unterschiedliche Voraussetzungen mitgebracht haben. Jedes Land braucht die Währung, die zu seiner Wirtschaftskraft passt. Wenn die Griechen zur Drachme zurückkehren würden, würde die massiv abwerten. Da sind wir uns alle einig. Das heißt aber im Umkehrschluss, dass die jetzige Währung der Griechen, der Euro, viel zu stark ist für das Land. Damit werden sie nie auf einen grünen Zweig kommen. Es sei denn, wir sind bereit, auf Jahrzehnte eine Transferunion zu akzeptieren und jedes Jahr Milliarden zu überweisen.

Erkenntnisse, die BWLer/VWLer in den ersten Semestern lernen und die zumindest vor 20 Jahren auch noch zum Lernstoff für Industrie-, Groß/Außenhandels-, Bank- und Versicherungskaufleute gehört haben, ja selbst zum Abitur

sollen einige Gymnasien so etwas gelehrt haben. (Seltsam nur, dass weder die Politik noch die MSM solcherlei berücksichtigen. Ist Dirk Müller der Einzige, der sich das traut?)

Dann räumt er mit den Märchen „Euro bedeutet Frieden“ und „Deutschland ist der Euro-Profiteur“ auf:

Handelsblatt: Der Euro ist mehr als eine gemeinsame Währung, es geht auch um die europäische Integration. Wollen Sie die aufs Spiel setzen?

Ich glaube nicht, dass der Euro Europa zu mehr Einigkeit verhelfen wird. Im Gegenteil: Der Euro ist eine Gefahr für die europäische Einigung, aufgrund der Ungleichgewichte, die er hervorruft. Wenn es heißt: Der Euro bringt uns den Frieden, dann ist das Unsinn. Ich denke nicht, dass wir Krieg gegen Polen oder Briten führen, weil die eine andere Währung haben. Wir müssten erst eine politische Einheit schaffen, die Steuergesetze und Finanzpolitik vereinheitlichen, demokratische Strukturen schaffen. Dann würde eine Währungsunion Sinn ergeben, aber nicht vorher. Wir müssen die Reihenfolge einhalten.

Handelsblatt: Es heißt immer, Deutschland sei der große Profiteur des Euros. Ist das ein Märchen?

Sie müssen nur unterscheiden, wer davon profitiert. Vor allem die Exportwirtschaft profitiert, weil sie Wettbewerbsvorteile durch den weichen Euro genießt. Die Bürger haben davon wenig gemerkt. Weil sie in einer für ihre Leistung zu schwachen Währung bezahlt werden. Dadurch sinkt ihre Kaufkraft und letztlich die Binnennachfrage. Deshalb hängen wir ja so stark vom Export ab. Wir machen momentan genau das, was den Chinesen vorgeworfen wird. Wir ergaunern uns Vorteil. Die Chinesen halten ihre Währung niedrig, indem sie sie an den schwachen Dollar koppeln. Wir koppeln unsere Währung an Griechenland und Portugal.

Mit persönlich gefällt das mit der politischen Einheit und der Vereinheitlichung der Finanzpolitik nicht, aber immerhin weist er auf demokratische Strukturen als Voraussetzung hin. Mit der aktuellen undemokratischen EUdSSR ist das jedenfalls nicht zu machen, das sagt er damit ja deutlich.

Und dass die Exportwirtschaft kein Maßstab für Otto-Normalverbraucher ist, dürfte jedem klar sein. Jetzt kann man auf diese Diskrepanz in Diskussionen hinweisen und sich dabei auf Dirk „Mister DAX“ Müller berufen. Bitte benutzt diese Waffe reichlich.

Dann fordert er nach der geordneten Insolvenz Griechenlands auch die Pleite der Banken und kritisiert diese scharf:

Handelsblatt: Wollen Sie, dass Banken pleitegehen?

Was ist daran so dramatisch? Die Banken wussten doch, auf was sie sich einlassen. Die haben griechische Bonds gekauft, weil sie dabei etwas mehr Rendite als bei Bundesanleihen bekamen.

Handelsblatt: Wenn die Banken wackeln, stünden Tausende Sparer vor den Filialen, um ihr Geld abzuheben. Das hätte katastrophale Folgen.

Der Staat kann sich an den Banken beteiligen, aber nur an dem Teil, der für die Realwirtschaft wichtig ist und wo die Konten der Bürger liegen, also der Geschäftsbank. Die Zockerabteilung der Banken, die soll ruhig den Bach runtergehen. Und wenn sich der Staat an den Banken beteiligt, dann soll er bitteschön auch hinterher am Gewinn beteiligt werden; nicht wie bei der Commerzbank, wo sich der Staat über den Tisch ziehen lassen hat. Die Commerzbank sorgt mit Bilanztricks dafür, dass sie von ihren Gewinnen nichts an den Steuerzahler zahlen muss.

Handelsblatt: Was haben Sie eigentlich gegen die Banken?

Die Banken sind offenkundig gar nicht mehr in der Lage, ihre

Funktion für die Realwirtschaft zu erfüllen (...), weil sie sich auf allen möglichen Märkten verzockt haben. Mittlerweile hat der Großteil des Geschäfts gar nichts mehr mit der Realwirtschaft zu tun, sondern liegt im spekulativen Bereich. Damit haben die Banken lange extrem gut verdient. Aber jetzt, wo es schiefgeht, da soll bitteschön der Steuerzahler einspringen. Das ist nicht in Ordnung.

Handelsblatt: Sind Banker nicht lernfähig?

Wir haben nichts aus dem ersten Teil der Finanzkrise gelernt, es geht so weiter wie vorher. Niemand sollte darauf hoffen, dass die Finanzwelt eine Selbstregulierung einführt. Das wäre ja schlecht für das Geschäft. Die Politik ist in der Verantwortung, Grenzen zu ziehen.

Richtig so, die Banken sind also doch neben der Politik ein richtiger Adressat der Proteste. Nur eben nicht von Occupy, die nicht gegen die EUdSSR sind und eine EU-Diktatur wollen. Von deren Seite aus sind die Anti-Banken-Proteste Verdummung und Verschleierung, auf die hoffentlich kein PI-Leser mehr reinfällt.

Und dass der Staat nichts von Wirtschaft versteht, bestätigt er gleich nebenbei. Meine Forderung aus dem Lafontaine-Artikel nach einem Geld- und Banksystem, das der Wirtschaft und den Verbrauchern dient und nicht ausbeutet, wird hier noch einmal konkretisiert.

Neben den Banken rechnet er dann auch mit den Politikern ab und fordert den Druck der Straße:

Handelsblatt: Verstehen die Politiker überhaupt die Zusammenhänge?

Ich kenne Politiker, die ausgesprochen gut informiert sind. Aber das sind nur wenige. Die meisten haben überhaupt keine Ahnung, was passiert. Die Konsequenz ist, dass diese Leute

mit einem Ackermann die Finanzkrise diskutieren sollen. Da spielen Leichtmatrosen mit Konteradmirälen Schiffe versenken. (...) Der Politik werfe ich vor, dass sie sich so leicht beeinflussen lässt und sich das Know-how von den Banken holt. Man fragt die Wölfe, wie man die Schafe schützen soll. Das kann nicht funktionieren.

Handelsblatt: Was kann denn funktionieren?

Die Politik muss sich emanzipieren von den Banken. Es gibt riesige Apparate, riesige Ministerien. Da muss das Know-how hin. Das heißt aber auch, dass die Mitarbeiter besser bezahlt werden als bisher. Für Regionalliga-Gehälter bekomme ich keine Champions-League-Spieler. Wenn die Politik das nicht schafft, muss das auf Druck der Straße geschehen. Ich hoffe nur, dass das friedlich abgeht. Die Menschen spüren, dass etwas gewaltig schief läuft. Die Proteste gehen gerade erst los, sie sind noch zaghaft, aber das kann sich schnell ändern. Auch die Montagsdemonstrationen in der DDR haben klein angefangen, auch auf dem Tahrir-Platz in Kairo haben wenige angefangen.

„Mister DAX“ bestätigt alle Vorurteile, die im Raum schweben, als Realität. Mehr PI in den MSM geht kaum. Und dann setzt er sogar noch einen drauf.

Handelsblatt: Ein selbsternannter Börsenexperte hat kürzlich in einem Interview mit der BBC für einen Eklat gesorgt. Er sagte, die Welt werde beherrscht von Goldman Sachs. Stimmen Sie zu?

Ich habe das auch gesehen – er hat doch recht. Der Einfluss von Goldman Sachs ist kaum zu unterschätzen. Schauen Sie sich nur an, wie viele Banker in den letzten Jahren in verantwortliche Positionen in der Politik gekommen sind – und welche Lobbypolitik sie dort betreiben. Als Finanzminister hat Hank Paulson seinem früheren Arbeitgeber Goldman Sachs während sehr wohlwollend bedient, etwa im Zusammenhang mit

der Rettung von AIG.

Auf seine Rolle angesprochen, muss er sich natürlich rechtfertigen und teilt noch einmal kräftig aus:

Handelsblatt: Sie sind selbst Teil der Finanzwelt, verdienen gutes Geld damit. Auf der anderen Seite üben Sie heftige Kritik. Wie schaffen Sie diesen Spagat?

Für mich ist das kein Widerspruch. Es gibt einen anständigen, ehrlichen Teil der Finanzwelt. Für den spreche ich. Nur leider bestimmen die Schweinehunde, wo es an den Märkten langgeht.

Zum Schluß gibt es noch Ratschläge für Anleger und einen Ausblick, von mir zusammengefasst:

Haben Sie einen guten Rat für Anleger, die ihr Geld in Sicherheit bringen wollen?

Ich rate dazu, reale Werte zu kaufen. Die Aktie ist ein realer Wert, weil sie die Beteiligung an einem Unternehmen darstellt. Papiergeld hat dagegen keinen realen Wert, da steht nichts Echtes dahinter. Allerdings sollte man in diesen unsicheren Zeiten nicht alles auf Aktien setzen, ohne die Positionen abzusichern, (...)

Die Märkte können jederzeit einbrechen, so wie im August und September, als der Dax fast 30 Prozent verloren hat. Auf dem Weg nach unten sollte man nach und nach Gewinne aus den Verkaufsoptionsscheinen mitnehmen und dafür mehr Aktien kaufen. Denn irgendwann steigen die Aktien wieder. Ein Unternehmen wie Siemens wird auch in Zukunft Gewinne erwirtschaften, in welcher Währung auch immer. (...)

Ich kann Ihnen sagen, dass ich heilfroh bin, wenn die Nummer hier durch ist und wir die Krise hinter uns haben. (...)

Wenn die Menschen ihre Kaufkraft erhalten können, ist in der

jetzigen Situation schon viel gewonnen. (...) Wenn die Krise etwas Gutes hat, dann das: Die Menschen fangen endlich an, sich um ihr Geld zu kümmern.

Die Kanzlerin hat ihre für vorgestern angekündigte Regierungserklärung zum Thema „Rettungsschirm“ abgesagt und der EU-Gipfel wird sich um das Thema „Banklizenz“ für den EFSF streiten; die Banklizenz würde in diesem Geldsystem die Lizenz zum Gelddrucken bedeuten und die Inflation weiter anheizen. In diesem Zusammenhang halte ich die 2-3 Jahre, die Dirk Müller bis zum Zusammenbruch prognostiziert, fast schon für zu optimistisch. Denn selbst die Merkel-nahe BILD titelte diese Woche schon „Es droht eine Währungsreform!“

Gut, wer informiert und vorbereitet ist. In diesem Sinne:
Semper PI!

(Hinweis: Gastbeiträge geben nicht zwingend die Meinung der Redaktion wieder. Wenn Sie selber einen Artikel beisteuern wollen, schreiben Sie uns: info@blue-wonder.org)